



PERSPEKTIEFE 44

WIRTSCHAFT & FINANZPOLITIK

ARBEIT & SOZIALES

LÄNDLICHER RAUM

UMWELT & DIGITALE WELT

JUGENDPOLITISCHE BILDUNG



Quelle: Gerhard Meister

ZUM THEMA

Zurück in den Fahrstuhl!

Es ist an der Zeit für eine ernsthafte Debatte über die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft.

Unsere Verfassung versteht unseren Staat als Sozialstaat. Damit ist auch gesagt, dass die in ihm wirksame Marktwirtschaft sozial auszugestaltet ist. Marktwirtschaft ist Soziale Marktwirtschaft! Auch viele Christinnen und Christen haben sich nach dem Krieg dafür eingesetzt. War damit nicht nur der Slogan „Wohlstand für alle!“, sondern auch das Bild eines Fahrstuhls, in dem alle gemeinsam nach oben fahren, verbunden, kommen heute andere Gedanken und Bilder zur Geltung: „Wohlstand nicht für alle!“ und eine abwärtsfahrende Rolltreppe. Die gegenwärtig allgemein guten Konjunkturdaten ändern daran nichts. Wo liegen die Brüche, Friktionen und Schwierigkeiten einer zukunftsfähigen, allen Menschen dienenden Sozialen Marktwirtschaft? Wir meinen: Wir brauchen wieder eine ernsthafte Debatte um die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft. Denn zum christlichen Menschenbild gehört die Einsicht: Keiner darf verloren gehen!

Ihr *Christian Sorwisch*



THEMA

Die Soziale Marktwirtschaft in Gefahr

Renaissance der Sozialen Marktwirtschaft

Die Soziale Marktwirtschaft war eine Episode in der Geschichte der marktwirtschaftlichen Entwicklung. Sie herrschte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges bis etwa Ende der 1970er Jahre. Und zwar überall in der entwickelten Welt, in den USA („New Deal“, „Great Society“) ebenso wie in Deutschland („Rheinischer Kapitalismus“).

von PD Dr. Ulrich Thielemann, Me'M Denkfabrik für Wirtschaftsethik, Berlin

Was war die Soziale Marktwirtschaft?

Diese Marktwirtschaft war geprägt von einer breiten Teilhabe an einem zugleich hohen Wachstum. Es ist die Zeit der „great compression“, der Verringerung vormaliger Einkommensdisparitäten und Vermögenskonzentrationen. Tiefe Einkommen wuchsen stärker als hohe Einkommen. Auch Beschäftigte mit mittleren Qualifikationen verdienten gut. Anstellungen waren stabil, boten Aufstiegschancen und gaben ein Gefühl der Sicherheit.

Bewirkt wurde all dies durch ein komplexes Geflecht von Regulierungen einerseits, die Etablierung und den Ausbau sozialer Sicherungssysteme andererseits. Regulierungen zähmen stets die Entfaltung der Marktdynamik. Das Institut des Arbeitsrechts etwa wirkt mäßigend. Wer die Arbeitsleistungen eines anderen dauerhaft nutzen möchte, unterliegt gewissen Restriktionen, etwa bezüglich der Arbeitszeit, der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und des Kündigungsschutzes.

Zugleich waren die globalen Märkte nicht einfach offen. Dies gab Unternehmern und Managern Spielräume, die sie vielfach verantwortungsvoll nutzten. Der vorherrschende Geist war der des

Ausgleichs zwischen anerkannt konfligierenden Ansprüchen. Das Wirtschaften war, zumindest ansatzweise, in gesellschaftliche Werte der Fairness und Sinnhaftigkeit „eingebettet“ (Karl Polanyi, Wilhelm Röpke).

Das Regime des Neoliberalismus

Mit der neoliberalen Revolution, die um das Jahr 1980 praktisch überall einsetzte, nahm all dies ein schleichendes Ende. Die Marktlogik soll nun in allen Lebenslagen regieren. Die vormals aufgebauten Marktregulierungen sollen abgebaut oder marktkonform ausgerichtet werden. Weil das Kapital ja nun einmal die Arbeitsplätze schaffe, sei es zu „hofieren“ (Hans-Werner Sinn). Entsprechend stieg nicht nur der Anteil der Kapitaleinkommen an der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung, auch die Vermögen wuchsen gegenüber der Wirtschaftsleistung weit überproportional an und fielen vor allem dem obersten einen Prozent zu. Auch innerhalb der Gruppe der abhängig Beschäftigten nahm die Polarisierung der Einkommen zu. Der Anteil mittlerer Einkommen sinkt überall. Neue Beschäftigungen sind entweder sehr hoch oder sehr tief vergütet.

Innerhalb der Unternehmen hat sich der Geist der Mäßigung und des Ausgleichs zugunsten eines Rentabilitäts-Extremismus verflüchtigt. Unternehmen sind mit jeder Faser ihres Tuns auf die Maximierung des Shareholder-Value auszurichten. Gegenüber gesellschaftlichen Ansprüchen verhalten sich Unternehmen, jedenfalls im Großen und Ganzen, konsequent opportunistisch. Im Ökonomiestudium wird dem

Nachwuchs mit wissenschaftlicher Autorität vermittelt, dass alles andere irrational wäre. Moralität wird zu einer Präferenz neben anderen herabgestuft.

Der Rentabilitäts-Extremismus, der sich über den Wettbewerb fortpflanzt, sorgt im Verein mit dem Abbau der sozialen Sicherungssysteme dafür, dass

Beschäftigungen und Beschäftigungsaussichten prekär werden. Statusangst geht um. Da von den Unternehmen Mäßigung nicht zu erwarten ist und die sozialen Sicherungssysteme die Folgen der Marktdynamik in weitaus geringerem Umfang abfedern als zuvor, sehen sich die Beschäftigten auf sich selbst zurückgeworfen. Es gilt nun, das Leben im Ganzen „eigenverantwortlich“ als dauernde Investition ins eigene „Humankapital“ zu begreifen. Und zwar möglichst vorausschauend, um das Risiko eines möglichen Absturzes gering



„Der Rentabilitäts-Extremismus, der sich über den Wettbewerb fortpflanzt, sorgt im Verein mit dem Abbau der sozialen Sicherungssysteme dafür, dass Beschäftigungen und Beschäftigungsaussichten prekär werden.“

PD Dr. Ulrich Thielemann



zu halten. Bildung wird daher in Humankapitalbildung transformiert. Zur politisch betriebenen Ökonomisierung der Lebensverhältnisse durch Privatisierung und Deregulierung gesellt sich die scheinbar selbst initiierte Ökonomisierung der eigenen Lebensführung. Wettbewerbsfähigkeit wird zum Leitstern aller Lebensbezüge.

Wettbewerbsfähigkeit wird auch zum Leitstern aller Politik. Die „marktkonforme Demokratie“ gibt ihre politische Freiheit auf zugunsten eines bereits vorentschiedenen Ziels: der Wettbewerbsfähigkeit des zum „Standort“ degradierten Gemeinwesens. Einem Unternehmen gleich sucht der Wettbewerbsstaat sich attraktiv für das global zirkulierende, stets abwanderungsbereite Kapital zu machen und möglichst viel Kaufkraft von anderen Standorten abzuzweigen. Dies ist Deutschland in besonderem Maße gelungen. Da die Kaufkraft im eigenen Lande aufgrund der „Lohnmoderation“ und des ausgebauten Niedriglohnssektors nur unzureichend verfügbar ist, sucht man sie im Ausland, in welches Arbeitslosigkeit exportiert wird. Die dauernden Leistungsbilanzüberschüsse bedeuten, dass sich das Ausland gegenüber Deutschland verschulden muss, will es nicht schrumpfen. Zwar haben sich in Deutschland die Einkommensdisparitäten seit 2005 nicht weiter verschärft. Dies allerdings auf Kosten des Auslandes.

Zähmung und Abfederung

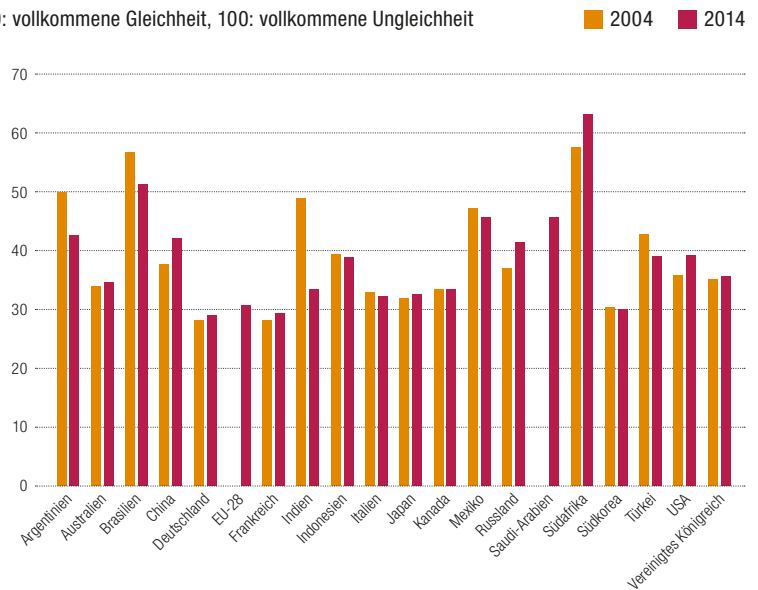
Jenseits der buchstäblich unvorstellbaren Vision der Abwesenheit von Marktinteraktionen gibt es zum neoliberalen Programm der Transformation der Gesellschaft in eine Marktgesellschaft nur eine Alternative: Die einer Sozialen Marktwirtschaft, wie diese auch immer im Einzelnen auszugestalten wäre. Sie basiert im Kern auf den beiden Pfeilern der Zähmung der Marktdynamik einerseits, der verteilungspolitischen Abmilderung ihrer Folgen andererseits. Zur Zähmung und Zivilisierung der Marktinteraktionsverhältnisse gehört auch die Entwicklung und Pflege einer Wirtschaftskultur der Mäßigung und der Fairness im Umgang miteinander.

Erste Voraussetzung einer Revitalisierung der Sozialen Marktwirtschaft ist die Delegitimation des Ökonomismus, also der Rechtfertigung der Herrschaft des Marktprinzips, die die Wirtschaftsfakultäten nach wie vor durchdringt. Dies ist bedeutsam, weil hier die Experten ausgebildet werden, die in Wirtschaft und Politik letztlich das Sagen haben. Wissenschaftspolitisch ginge es um die Etablierung echter Pluralität innerhalb der Wirtschaftswissenschaften.

Zu den Kernfragen der Renaissance einer Sozialen Marktwirtschaft zählt das Mischungsverhältnis zwischen Umver-

Entwicklung der Einkommensverteilung im letzten Jahrzehnt (Gini-Index)

0: vollkommene Gleichheit, 100: vollkommene Ungleichheit



Quellen: Weltbank, CIA World Fact Book, OECD, World Income Inequality Database

„Zu den Kernfragen der Renaissance einer Sozialen Marktwirtschaft zählt das Mischungsverhältnis zwischen Umverteilung und Regulierung.“

teilung und Regulierung. Wenn allein auf Maßnahmen der Umverteilung bzw. den Ausbau der sozialen Sicherung gesetzt wird, der Marktdynamik aber ansonsten weiterhin freier Lauf gelassen wird, so wird der wachsende Wettbewerbsdruck zwar einerseits in seinen Folgen für die Betroffenen abgemildert. Andererseits sorgen Steuerwettbewerb und Kapitalverkehrsfreiheit dafür, dass die Finanzierungsgrundlage für den Ausbau sozialer Sicherungssysteme fraglich wird. Zudem können diese Maßnahmen wie ein Konjunkturprogramm für das Ausland wirken, sodass die Finanzierungsbasis weiter erodiert. Dies ist ja auch der Grund, warum praktisch alle etablierten politischen Kräfte das neoliberale Programm der Hofierung des Kapitals und der Etablierung eines Wettbewerbsstaates für alternativlos halten.

Vieles spricht dafür, dass eine Wiederbelebung der Sozialen Marktwirtschaft mit vollständig offenen Märkten nicht zu haben ist. Über jeder nicht „marktkonformen“ Regulierung schwebt ja das Damoklesschwert des Abzugs des Kapitals und der Verdrängung der jeweils einheimischen Beschäftigungen durch die Importkonkurrenz. Einen Ausweg böten global koordinierte wettbewerbliche Waffenstillstandsabkommen und ein Ende des Weltwirtschaftskrieges um die Kaufkraft dieser Welt. Erst danach gewännen die jeweiligen Nationalstaaten das nötige Maß an Souveränität zurück, um das Ausmaß, in dem die Marktlogik herrschen soll, demokratisch-autonom zu bestimmen. ■



BEISPIEL

Es geht nur gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern: Was eine Kommune trotz knapper finanzieller Ressourcen tun kann, um einen sozialen Ausgleich sicherzustellen

Die mittelhessische Universitätsstadt Gießen leidet seit vielen Jahrzehnten unter einer „chronischen Krankheit“. Ihre eigene Steuerkraft ist angesichts der vorwiegend großen sozialen Herausforderungen aufgrund ihrer sehr heterogenen Einwohnerstruktur zu gering, um sich aus eigener Kraft zu nähren. Außerdem hat Gießen wenige große Gewerbebetriebe und viele öffentliche Institutionen, – Hochschulen, Gerichte, Behörden –, sodass die Steuereinnahmen im Vergleich zu gleichgroßen Städten gering sind.

von Dietlind Grabe-Bolz, Oberbürgermeisterin Gießen



„Gießen ... ist immer bestrebt, Lasten auf viele Schultern gleichmäßig und gerecht zu verteilen.“

Dietlind Grabe-Bolz

Gießen hat mit 37 Prozent die geringste Quote an Steuereinnahmen unter allen hessischen Sonderstatusstädten. Viele Menschen sind auf Hilfen und Unterstützung angewiesen. Das hat zur Folge: Gießen ist dauerhaft und verlässlich auf Finanzhilfen des Landes zum Ausgleich angewiesen. Und die Finanzhilfen sind immer wieder zurückgegangen. 2011 wurden die entsprechenden Hessen-Mittel für den Finanzausgleich zwischen den Kommunen um 344 Mio. Euro gekürzt!

Als im Jahre 2012 das Land mittels des Schutzschirm-Gesetzes im Gegenzug auch auf Gießen zukam und Finanzspritzen unter starken Auflagen versprach, waren wir angesichts eines Defizits im Ergebnishaushalt von rund 26 Mio. Euro und bestehenden Investitionskrediten in Höhe von rund 222,9 Mio. Euro quasi gezwungen, diese Hilfen anzunehmen. Aber eigentlich wollten wir nicht durch einen von oben verordneten Sparkurs als Gegenleistung zu den kurzfristigen Finanzhilfen dazu gezwungen werden, lebenswichtige und für das soziale Miteinander notwendige Leistungen und Einrichtungen einzuschränken oder gar zu beenden. In einer repräsentativen Umfrage vor dem Beitritt zum Schutzschirm befragten wir die Einwohner Giessens, was für sie unverzichtbar ist und wo sie ggf. Einschnitte hinnehmen würden.

Es zeigte sich, dass es gerade bei Ausgaben für ein soziales Miteinander, in der Unterstützung

Hilfsbedürftiger, aber auch in der Bildung, im Sport, bei der kulturellen Infrastruktur (z. B. Stadttheater) keine Einschnitte geben sollte. Die Gießerinnen und Gießener wollen auf ihr soziales und städtisches Leben nicht verzichten.

Das nahmen wir als Handlungsauftrag in die Verhandlungen um die Ausgestaltung des Konsolidierungsprogramms im Rahmen des Schutzschirms mit dem Land mit. Und das Ergebnis war: Keine Leistungen wurden eingeschränkt und Einrichtungen geschlossen. Im Gegenteil, wir haben sogar nochmals stark in die Infrastruktur und die Lebensqualität der Stadt investiert. Im Zuge der Landesgartenschau wurden Bereiche der Stadt am Fluss und in unserem „Bürgerpark Wieseckau“ attraktiver gemacht – das zahlt sich bis heute aus. Die Menschen nutzen diese neuen Stadtgebiete für ihre Freizeit. Und Gießen gewinnt an Einwohnerinnen und Einwohnern und damit an Steuerkraft. Gießen hat trotz Schutzschirm an Attraktivität gewonnen und ist immer bestrebt, Lasten auf vielen Schultern gleichmäßig und gerecht zu verteilen. Dazu gehört leider auch, dass wir uns schweren Herzens dafür entscheiden mussten, die Grundsteuer stark zu erhöhen, und dadurch einen Solidaritätsbeitrag aller Gießerinnen und Gießener für das Wohlergehen unserer Stadt und die berechtigten Wünsche an eine attraktive Heimat einforderten.

Meines Erachtens hat dies ein Großteil unserer Bürgerinnen und Bürger akzeptiert – vielleicht, weil wir sehr offensiv und transparent mit unseren Entscheidungszwängen umgegangen sind und sie stets auf diesem Weg beteiligt haben.

Heute – nach fünf Jahren unter dem Schutzschirm – schauen wir auf vier ausgeglichene Haushaltsjahre zurück und hoffen, dass wir frühzeitig aus dem Vertrag aussteigen und wieder mehr Gestaltungsspielraum und damit kommunale Selbstbestimmung erreichen können ohne den goldenen Zügel des Landes. ■



Gießen hat trotz Schutzschirm an Attraktivität gewonnen.

Eine zukunftsfähige Soziale Marktwirtschaft muss heute eine Ökosoziale Marktwirtschaft sein

Der wirtschaftliche Aufschwung Deutschlands nach dem 2. Weltkrieg und die damit verbundenen Möglichkeiten des sozialen Aufstiegs und der sozialen Teilhabe in der deutschen Gesellschaft sind in den Köpfen vieler Bürgerinnen und Bürger untrennbar mit der Sozialen Marktwirtschaft verknüpft. Doch in den letzten Jahren verblasst der einstige Glanz der Sozialen Marktwirtschaft.

von Dr. Brigitte Bertelmann und Dr. Julia Dinkel, ZGV



„Die Marktwirtschaft der Zukunft muss hier stärker an dem Verursacherprinzip ansetzen, indem z. B. Emissionen sowie Energie- und Ressourcenverbrauch belastet, menschliche Arbeit steuerlich entlastet wird.“

Dr. Brigitte Bertelmann (o.)
Dr. Julia Dinkel (u.)

Die über die Regierungszeit von Ludwig Erhard hinaus erfolgreiche Kombination aus einem freien Markt und Elementen des sozialen Ausgleichs ist in eine Schiefelage geraten. Die Freiheiten am Markt haben zugenommen, während gleichzeitig Maßnahmen zum sozialen Ausgleich zurückgefahren wurden. Die alten Versprechen der Sozialen Marktwirtschaft wie „Wohlstand für alle!“ oder „Wer sich anstrengt, wird belohnt“ gelten auch für viele Erwerbstätige nicht mehr. In der Folge erscheinen der soziale Zusammenhalt in unserer Gesellschaft und das Vertrauen in den Rechtsstaat gefährdet. Spannungen in der Gesellschaft nehmen zu. Wie kann Politik, angesichts der anstehenden sozialen und technischen Veränderungen und der

Herausforderungen, die sich durch die Digitalisierung ebenso wie durch die Verletzung der planetarischen Grenzen stellen, die Grundlagen für eine gerechte Gesellschaft erhalten bzw. neu gestalten?

Sozialer Aspekt

Sozialpolitisch muss der Fokus darauf liegen, die sozialen Sicherungssysteme in Deutschland an die veränderten Rahmenbedingungen anzupas-

sen. Die wachsende Zahl unterbrochener Erwerbsbiografien, die durch Phasen einer zeitweisen Selbstständigkeit, Weiterbildung, längere Erziehungs- oder Pflegezeiten, aber auch durch Arbeitslosigkeit entstehen können, sind als normale Lebensphasen der meisten Menschen einzubeziehen und nicht primär als anspruchsmindernde Fehlentwicklungen zu betrachten. Bisher bieten die sozialen Sicherungssysteme in Deutschland weder für Menschen mit Erziehungs- oder Pflegeverantwortung, insbesondere für Alleinerziehende, noch für solche, die aus unterschiedlichsten Gründen (zeitweise) nicht der wirklichkeitsfremden Annahme von ununterbrochener Vollerwerbstätigkeit über mindestens 45 Jahre entsprechen können, keine zeitgemäße Antwort. Selbstverständlich kosten mehr Transferzahlungen und staatliche Leistungen Geld. Aber Studien belegen, dass eine Mehrheit der Deutschen dafür ist, diese Leistungen ebenso wie Leistungen für Gesundheit und Pflege dennoch bedarfsgerecht zu gestalten.

Ökologischer Aspekt

Untrennbar von den klassischen Fragen sozialer Gerechtigkeit ist heute die Notwendigkeit, die sozialen Folgen ökologischer Veränderungen für die zukunftsfähige Gestaltung von der Gesellschaft einzubeziehen.

Schon jetzt gehen Maßnahmen zum Umweltschutz überproportional zu Lasten von einkommensschwachen Personen. So fallen höhere Energiekosten für den Verbrauch von Strom und Gas bei niedrigeren Einkommen stärker ins Ge-

wicht als bei mittleren oder höheren Einkommen. Die größten Verbraucher von Energie und Verursacher von CO₂ werden hingegen von höheren Abgaben und Steuern befreit. Die Marktwirtschaft der Zukunft muss hier stärker an dem Verursacherprinzip ansetzen, indem z. B. Emissionen sowie Energie- und Ressourcenverbrauch belastet,

menschliche Arbeit steuerlich entlastet wird. Gleichzeitig müssen öffentliche Angebote für klimagerechte Mobilität, Kommunikation entwickelt werden. Mehr noch: Soziale Sicherungssysteme und das gesellschaftliche Zusammenleben müssen mittel- und längerfristig wachstumsunabhängig gestaltet werden, wollen wir die ökologischen Herausforderungen ernst nehmen, die sich mit dem Klimawandel, dem Verlust und der weiteren Gefährdung von Biodiversität und anderer planetarischer Grenzen stellen. ▶



Finanzierungsoptionen des Wohlfahrtsstaates

Ich stimme ...	voll und ganz zu	eher zu	eher nicht zu	gar nicht zu		
Höhere Steuern auf Vermögen	68	34	34	20	10	30
Höhere Steuern für Unternehmen	54	22	32	31	11	42
Höhere Erbschaftssteuern	47	19	28	30	20	50
Erhöhung der Beiträge zur Sozialversicherung	31	5	26	46	22	68
Erhöhung der Einkommensteuer	25	6	19	46	27	73
Höhere Kreditaufnahme des Staates	20	5	15	47	30	77
Kürzung von Leistungen in den Sozialversicherungen und bei öffentlichen Dienstleistungen	17	3	14	47	32	79

Frage: Heute wird ja oft über Probleme bei der Finanzierung der sozialen Sicherung und öffentlicher Dienstleistungen diskutiert. Ich nenne Ihnen jetzt verschiedene Vorschläge, wie die Finanzierung der sozialen Sicherung in Zukunft sichergestellt werden könnte. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie diesen Maßnahmen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe.
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte ab 18 Jahren in Deutschland.

Quelle: Friedrich-Ebert-Stiftung

Finanzierungsmöglichkeiten

Die Möglichkeit der öffentlichen Hand, öffentliche Leistungen für Bildung und Forschung, Gesundheit, den Umwelt- und Klimaschutz, Sicherheit und Rechtswesen, Schutz von Gemeingütern, Kultur und nicht zuletzt eine funktionsfähige, bürgerorientierte öffentliche Verwaltung sowie öffentliche Güter wie Infrastruktureinrichtungen in ausreichender Menge und Qualität zu finanzieren, wird bestimmt durch die Höhe und Verlässlichkeit ihrer Einnahmen.

Dass Steuerpflichtige dazu nach Maßgabe ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit beitragen sollen und damit eine gewisse Umverteilung verbunden und akzeptiert ist, gehört zu den Prinzipien einer Sozialen Marktwirtschaft. Zu den Steuerprinzipien gehörte es auch, dass grundsätzlich alle Einkunftsarten gleichmäßig herangezogen werden sollten. Mit der Privilegierung insbesondere von höheren Einkünften aus Kapitalerträgen durch die Einführung der Abgeltungssteuer wurde von diesem Prinzip ebenso abgewichen wie durch die steuerliche Besserstellung von vererbtem Betriebsvermögen und den Kapitalerträgen ausländischer Anleger und Investoren.

Da gerade Menschen mit niedrigen Einkommen, die deshalb keine oder nur geringe Einkommensteuer zahlen, ihr Einkommen weitgehend für Güter des täglichen Verbrauchs einsetzen müssen, würden sie überproportional von einer Senkung der Mehrwertsteuer profitieren. Ebenso würden kleine und mittlere Erwerbseinkommen weitaus stärker von der steuerlichen Anrechnung der Sozialversicherungsbeiträge entlastet als die von fast allen Parteien propagierte Abschaffung des Solidaritätszuschlags, die primär höheren Einkommen zugute käme. Sollten sich die Parteien

auf die Abschaffung des Soli verständigen (zu Redaktionsschluss war dazu noch keine Entscheidung bekannt), muss diese so gestaltet werden, dass die Progressivität der Besteuerung für hohe Einkommen mindestens erhalten bleibt, eher aber verstärkt wird.

Obwohl eine verfassungskonforme Vermögenssteuer ein geeigneter Beitrag sein könnte, um einer weiteren Konzentration von Vermögen und damit weiterer Ungleichheit in der Vermögensverteilung entgegenzuwirken, fehlt dazu bei fast allen Parteien der politische Wille, dies auch durchzusetzen. Dies gilt ebenso für eine gerechtere Besteuerung großer Erbschaften und die Abschaffung der steuerlichen Privilegierung bei der Vererbung von Betriebsvermögen, die nur unzureichend zwischen kleineren Betrieben und sehr großen Familienunternehmen unterscheidet.

Um der Wettbewerbsverzerrung und steuerlichen Benachteiligung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) gegenüber transnationalen Unternehmen entgegenzuwirken, ist vor allem die Einführung einer Gemeinsamen Konsolidierten Konzernsteuer (GKKS) zu nennen. Während diese eine internationale Abstimmung ebenso voraussetzt wie die Einführung eines öffentlichen Registers der letztlich steuerlich Begünstigten und der schon lange geforderten Finanztransaktionssteuer, sind Regelungen, die zu einer steuerlichen Benachteiligung in Deutschland ansässiger Unternehmen gegenüber steuerlichen Ausländern führen, teilweise auch allein auf nationaler Ebene zu beseitigen.

Insgesamt sind wir durch die tiefgreifenden technischen und ökologischen Veränderungen und deren soziale Folgen herausgefordert, über strukturelle, institutionelle und systemische Veränderungen nachzudenken, die deutlich über die Veränderung von Beitragssätzen oder eher mäßige Veränderungen von Steuersätzen hinausgehen, wenn wir unsere Gesellschaft zukunftsfähig gestalten wollen. ■

INFOS UND LINKS

Was ist Soziale Marktwirtschaft? Zwei Erklärfilme:

www.youtube.com/watch?v=zMQhic4xo

www.youtube.com/watch?v=Dqe4H3Ebnmc

Forum Ökologisch-soziale Marktwirtschaft:

www.foes.de

Gini-Index: Mit dem Gini-Index lassen sich Ungleichverteilungen in Staaten darstellen:

data.worldbank.org/indicator/SI.POV.GINI

Oliver Nachtwey: „Die Abstiegs-gesellschaft“.

Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne.

Suhrkamp Verlag, Berlin 2016.

Heinz Bude: „Gesellschaft der Angst“.

Hamburger Edition, Hamburg 2014



„Obwohl eine verfassungskonforme Vermögenssteuer ein geeigneter Beitrag sein könnte [...], fehlt dazu bei fast allen Parteien der politische Wille, dies auch durchzusetzen.“

„Marktwirtschaft ist nicht genug“: Die Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft aus theologischer Perspektive

„Marktwirtschaft ist nicht genug“ lautet der Titel eines Bandes mit Aufsätzen aus der Feder von Wilhelm Röpke, einem der geistigen Väter der Sozialen Marktwirtschaft. Der Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ selbst ist eine glückliche Prägung von Alfred Müller-Armack, die er erstmals in seiner Schrift „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“ aus dem Jahre 1946 verwendete.

von Pfarrer Dr. Ralf Stroh, Referat Wirtschaft und Finanzpolitik, ZGV

Müller-Armack und Röpke verband mit einer Reihe von Zeitgenossen die Gewissheit, dass eine verantwortungsvolle und menschengemäße Gestaltung des Wirtschaftslebens nur möglich ist, wenn man diesen einzelnen Sektor in das Gesamte der menschlichen Lebensbezüge einzeichnet und von daher zu verstehen sucht.

Exemplarisch dafür, wie selbstverständlich es für die Vordenker der Sozialen Marktwirtschaft war, den Bereich der Wirtschaft und sein sachgemäßes Verständnis nicht den Ökonomen allein zu überlassen – und die Ökonomen vom Fach an diesem Sachverhalt keinerlei Anstoß nahmen –, ist die personelle Zusammensetzung der Freiburger Kreise, die ebenfalls die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft entwerfen halfen. Nationalökonomien und Juristen, Theologen und Historiker überlegten gemeinsam, auf welche Weise das gesellschaftliche Leben nach dem absehbaren Zusammenbruch des nationalsozialistischen Systems so organisiert werden kann, dass in ihm Menschen ihr Zusammenleben frei und verantwortlich gestalten können.

So wurde etwa die Programmschrift „Politische Gemeinschaftsordnung: ein Versuch zur Selbstbesinnung des christlichen Gewissens in den politischen Nöten unserer Zeit“ eines dieser Freiburger Kreise aus dem Januar 1943 von der Leitung der Bekennenden Kirche unter Vermittlung durch Dietrich Bonhoeffer initiiert und maßgeblich von dem Historiker Gerhard Ritter verfasst. Als Anlage 4 wurde dieser Schrift der Abschnitt

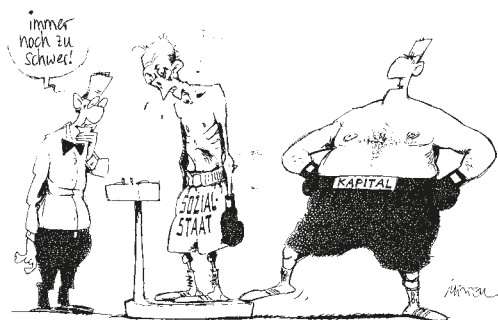
„Wirtschafts- und Sozialordnung“ beigelegt und von den Ökonomen Constantin von Dietze, Walter Eucken und Adolf Lampe verantwortet. Diese Verortung als Anlage markiert mehr als deutlich das Selbstverständnis der Autoren: „Wirtschafts- und Sozialordnung“ sind eingegliedert in ein umfassendes Ganzes, das sich nicht auf ökonomische Kategorien reduzieren lässt.

Der Markt als Teil der sozialen Welt

Vor diesem Hintergrund erhalten der Titel des Aufsatzbandes von Röpke – „Marktwirtschaft ist nicht genug“ – und die Auszeichnung der angestrebten Form der Marktwirtschaft durch Müller-Armack als einer Sozialen Marktwirtschaft ihre besondere Pointe. Es geht nicht um eine additive Ergänzung der Marktwirtschaft um weitere Aspekte, die ihr an sich äußerlich sind.

Wäre dem so, dann hätten die Vorbehalte Friedrich August von Hayeks gegenüber dem Adjektiv „sozial“ ihre Berechtigung, dass mit dieser Beifügung ohne innere Begründung die

Interessen bestimmter Gruppen einen moralischen Anstrich erhalten sollen, der kritische Rückfragen diskreditiert. Ausdrücklich teilt jedoch von Hayek das sachliche Anliegen Müller-Armacks, das dieser mit dem Begriff Soziale Marktwirtschaft verbindet, auch wenn er den gewählten Begriff für missverständlich – weil nichtssagend und zur beliebigen Füllung einladend – hält. Tatsächlich gibt es auch zuweilen eine Bezugnahme auf die Soziale Marktwirtschaft, bei der dieser Vorwurf von Hayeks naheliegt.



„Das Leben unverkürzt wahrnehmen, wie es wirklich gelebt wird, und sich seiner komplexen Vielfalt ohne Scheu zuwenden, ist seit jeher der Anspruch und die Herausforderung reformatorischer Theologie.“

Dr. Ralf Stroh

VERANSTALTUNGSHINWEIS

„Was hält die Gesellschaft zusammen?“ Kirchen und Gewerkschaften in Hessen im Gespräch.

Vortrag von Prof. Dr. Oliver Nachtwey, Universität Basel, und Diskussion mit Kirchenpräsident Dr. Volker Jung (Ev. Kirche in Hessen und Nassau), Bischof Dr. Georg Bätzing, Bistum Limburg, und dem /der Vorsitzenden des DGB Hessen-Thüringen.

16. Januar 2018 ab 17.30 Uhr
Ev. Akademie Frankfurt

Ganz anders verhält es sich dagegen mit der hier vorgeschlagenen Lesart. Die Charakterisierung der Marktwirtschaft als Soziale Marktwirtschaft fügt ihr nicht etwas hinzu, sondern macht explizit, was ihr immer schon wesentlich ist: nämlich ein Aspekt der sozialen Welt zu sein. In diesem Sinne trifft diesen Ausdruck zwar durchaus die Einschätzung von Hayeks, ein Pleonasmus („weißer Schimmel“) zu sein, der nichts aussagt, was nicht schon im Wort Marktwirtschaft enthalten ist. Allerdings handelt es sich in diesem Fall – anders als von Hayek meint – nicht um einen überflüssigen, sondern um einen sachlich gebotenen Pleonasmus.

Die Möglichkeit, die konstitutiven Aspekte menschlichen Lebens zum Zweck der konzentrierten Besinnung auch je für sich zu betrachten, führt nämlich fast unvermeidlich dazu, diese methodische Isolierung unbemerkt in eine sachliche Verabsolutierung hinübergleiten zu lassen. Das Leben ist auf einmal nichts anderes mehr als ein ökonomisches Phänomen und alle Herausforderungen des Lebens lassen sich scheinbar mit den Mitteln der Ökonomie – und nur mit ihren Mitteln – bearbeiten. Das Bemühen, um eine immer realitätsnähere Kenntnis der Zusammenhänge des menschlichen Lebens durch konzentrierte Betrachtung einzelner Aspekte desselben, wird so zu einer immer realitätsferneren Reduktion menschlicher Erfahrungswirklichkeit.

Dieser simplifizierenden Reduktion begegnet die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft. Der Einbettung der Marktwirtschaft in das komplexe Gefüge der menschlichen Lebensbezüge entsprechen nur solche marktwirtschaftlichen Instrumente, die als ökonomische Instrumente zugleich die gesamte Existenz des Menschen im Blick haben und ihr gerecht werden.

Der Markt als Thema der Kirche

Es ist diese Einsicht, auf die das Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland unter dem Titel „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ (1997) folgendermaßen hinweist:

„Analysen gesellschaftlicher Herausforderungen setzen bestimmte Kriterien der Wahrnehmung voraus und schließen anthropologische und ethische Vorentscheidungen ein. Ebenso gründet die Soziale Marktwirtschaft auf anthropologischen und ethischen Vorentscheidungen. Sie geht aus von einem Menschenbild, das Freiheit und persönliche Verantwortung wie Solidarität und soziale Verpflichtung beinhaltet. Insofern beruht die Soziale Marktwirtschaft auf Voraussetzungen, welche sie selbst nicht herstellen und auch nicht garantieren kann, ohne die sie aber auf Dauer nicht lebensfähig ist. Gerade in der gegenwärtigen Situation eines tiefgreifenden Umbruchs muß an diese



„Die Christen können nicht das Brot am Tisch des Herrn teilen, ohne auch das tägliche Brot zu teilen. Ein weltloses Heil könnte nur eine heillose Welt zur Folge haben.“ (aus: Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit, Hannover 1997)

Voraussetzungen erinnert werden, weil allein so Kräfte für die Vision wie für die Motivation erwachsen können, angesichts der neuen Herausforderungen das Leitbild einer solidarischen und gerechten Gesellschaft zu verwirklichen“ (S. 40).

Auch die seit jenem gemeinsamen Wort der Kirchen zur wirtschaftlichen Lage aus dem Jahr 1997 in zahlreichen Äußerungen sich findenden Wendungen „ökosoziale Marktwirtschaft“ (z. B. Unternehmerisches Handeln in evangelischer Perspektive, 2008) oder „sozial, ökologisch und global verpflichtete Marktwirtschaft“ (z. B. Wie ein Riss in einer hohen Mauer, 2009) lassen sich als nicht überflüssige, sondern sachlich gebotene Pleonasmen verstehen, in denen auf unhintergehbare Bedingungen des Wirtschaftens im und am Markt hingewiesen wird. Diese Bedingungen treten zum menschlichen Wirtschaften nicht äußerlich hinzu, sondern sind wesentliche Aspekte seiner Praxis. Mit der sprachlichen Hervorhebung jener konstitutiven Momente menschlichen Wirtschaftens sind noch keine konkreten Maßnahmen abgeleitet. Aber es sind Aspekte benannt, denen konkrete Maßnahmen genügen müssen, sollen sie der gelebten Wirklichkeit gerecht werden.

Das Leben unverkürzt wahrnehmen, wie es wirklich gelebt wird, und sich seiner komplexen Vielfalt ohne Scheu zuwenden, ist seit jeher der Anspruch und die Herausforderung reformatorischer Theologie. Sie handelt nicht von einem imaginierten Jenseits, sondern nimmt die erlebte Wirklichkeit des Menschen ernst. Die Theologie ist eine Erfahrungswissenschaft. Nicht zuletzt galt für Luther: „Sola experientia facit theologum“ (Allein die Erfahrung macht den Theologen). Auf diesen Grundsatz in allen Bereichen menschlicher Praxis und besonders der Gestaltung unseres Wirtschaftens hinzuweisen, ist eine Weise, wie evangelische Kirche gesellschaftliche Verantwortung wahrnimmt. ■

IMPRESSUM

Verantwortlich:
Zentrum Gesellschaftliche
Verantwortung der EKH
Oberkirchenrat Christian Schwindt
Albert-Schweitzer-Str. 113–115
55128 Mainz

Redaktion:
Margit Befurt, Dr. Brigitte
Bertelmann, Dr. Julia Dinkel,
OKR Christian Schwindt
Telefon: 06131 28744-42
Fax: 06131 28744-11
E-Mail: m.befurt@zgv.info

Design: Holger Giebeler,
Magascreen.com
Korrektur:
Angelika Fallert-Müller

Druck: Lautertal-Druck
Auflage: 4.000

Bilder (Seite in Klammern):
Gerhard Mester (1, 2, 3, 5, 7),
Me'M Denkfabrik (2),
Stadt Gießen (4),
Andrey Popov - Fotolla.com (6),
Rawpixel.com - Fotolla.com (8),
ZGV (1, 4, 5, 7)

Die Perspektiefe erscheint drei Mal
im Jahr und ist kostenlos.